

Der Petent erläutert kurz die Verkehrssituation in der Bandkeramikstraße als sog. Spielstraße (verkehrsberuhigter Bereich). Im Rahmen seiner Erläuterungen regt der Petent an, eine Einbahnstraße einzurichten.

Die Verwaltung erläutert, dass von Seiten der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei keine weiteren Maßnahmen als erforderlich angesehen werden, da bereits die Beschilderung als verkehrsberuhigter Bereich die größtmögliche Ordnungsmaßnahme darstellt.

Die CDU-Fraktion regt an, auch hier den Kreis am Verfahren zu beteiligen.

Die Verwaltung kann sich dem nicht anschließen, da nicht jeder Bürgeranfrage gleich zu setzen ist, sondern eine Gewichtung vorzunehmen ist, um dem Unterschied zwischen einer Hauptsammelstraße und einer kurzen Anliegerstraße Rechnung zu tragen.

Die UWG-Fraktion sieht keinen Anlass für eine weitere Beschilderung und regt deshalb Verkehrskontrollen durch die Polizei an, da Verwarnungen einen größeren Erfolg versprechen.

Die Anregung für zusätzliche Kontrollen durch die Polizei wird aufgenommen. Die Verwaltung weist aber darauf hin, dass Verkehrskontrollen durch die Polizei im Rahmen der personellen Möglichkeiten geplant werden und keine Vorgaben von der Stadt erfolgen können.

Die SPD-Fraktion fragt nach, ob die Möglichkeit zur Abbindung der Straße besteht oder die Einrichtung einer Einbahnstraße Sinn macht.

Die Verwaltung sieht keine Hinweise dafür, dass die Bandkeramikstraße als Abkürzung genutzt wird. Die Abbindung ist schwierig zu realisieren, da keine Wendemöglichkeiten für größere Fahrzeuge bestehen.

Die BfM-Fraktion fragt nach, ob zusätzliche Parkplatzmarkierungen oder bauliche Einbauten die Geschwindigkeit reduzieren könnten?

Bauliche Maßnahmen sind auf Grund der kurzen Strecke nicht sinnvoll und wurden bereits bei der Ortsbegehung geprüft. Die Markierung von Parkplätzen kann als Anregung aufgenommen werden. Es muss aber berücksichtigt werden, dass weiterhin auch größere Fahrzeuge (Feuerwehr, Müllabfuhr) die Straße befahren müssen.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag zurück und bittet darum verstärkt Verkehrskontrollen durch die Polizei in Abstimmung mit den Anwohnern vorzunehmen.